



NR. 7 FRANKFURT 30. MÄRZ 1984 JAHRGANG 36 D 4713 D

# metall

ZEITUNG DER  
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT  
METALL

**Auf geht's**

**35**

Arbeitszeit verkürzen  
heißt  
Arbeitsplätze schaffen!



**35**

Arbeitszeit verkürzen  
heißt  
Arbeitsplätze schaffen!

Statt Arbeitslosigkeit  
kürzere Arbeitszeit

Arbeitsplätze

Arbeitsplätze

IG Metall

Arbeitszeit verkürzen  
heißt  
Arbeitsplätze schaffen





Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen antworten auf das Kaputt-Konzept von Gesamtmetall:

# Urabstimmung

Der Vorstand der IG Metall hat einstimmig alle Anträge auf das Scheitern der regionalen Verhandlungen in der Metallindustrie genehmigt und gleichzeitig die Urabstimmung in den Tarifgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen beschlossen. Die Urabstimmungen sollen in der Zeit vom 3. bis 9. Mal stattfinden.

Mit der Entscheidung über die Urabstimmungen in diesen beiden großen Tarifgebieten der IG Metall sind die anderen vorliegenden Anträge auf Urabstimmung keineswegs erledigt; vielmehr will der Vorstand der IG Metall zu gegebener Zeit über diese Anträge entscheiden.

Alle Mitglieder der IG Metall sind bundesweit aufgefordert, den bevorstehenden Kampf der Kolleginnen und Kollegen in Nordwürttemberg/Nordbaden und in Hessen solidarisch zu unterstützen.

## Einzige Antwort

Urabstimmungen und Streiks sind die einzig mögliche Antwort der IG Metall auf den Konfrontationskurs von Gesamtmetall: Die Arbeitgeber haben sich in über 70 regionalen Verhandlungen sowie in zwei Spitzengesprächen grundsätzlich geweiht, über die Forderung der IG Metall nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu sprechen. Vielmehr wurde beim letzten Spitzengespräch ein sogenanntes „Flexi-Konzept“ auf den Tisch gelegt, das in aller Brutalität verdeutlicht,

daß die Unternehmer die dauerhafte Massenarbeitslosigkeit festschreiben und die Belegschaften nach ihrer Willkür handhaben wollen.

Der Vorstand der IG Metall hat in den monatelangen Verhandlungen stets Kompromißbereitschaft signalisiert. Doch Gesamtmetall hat wahrgemacht, was die Spitzenfunktionäre der Arbeitgeber immer wieder öffentlich dargestellt haben: daß sie es wegen der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung auf die größte Machtprobe, die es je in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat, ankommen lassen wollen. Jegliche Bemühung, die Tarifaueinandersetzung auf dem Verhandlungswege zu beenden, wurde damit zu nichts gemacht. Deshalb geht der Vorstand der IG Metall davon aus, daß auch eine Schlichtung an dem sturen „Nein“ der Arbeitgeber scheitern würde und von daher sinnlos ist.

Auf die Strategie von Gesamtmetall zum Erhalt der Massenarbeitslosigkeit, der Disziplinierung der Arbeitnehmer, der Schwächung der Gewerkschaften und der weiteren Demontage des Sozialstaats kann es nur eine Antwort der organisierten Arbeitnehmer geben: Urabstimmung und Streik. Wer sich nicht demütigen lassen will, wer kein Opfer dieses Kaputt-Konzepts der Arbeitgeber werden will, wer nur ein Stück Selbstachtung hat, der wird in dieser großen Auseinandersetzung an der Seite der IG Metall stehen.

Der Vorstand der IG Metall geht davon aus, daß die Arbeitgeber mit allen taktischen und strategischen Winkelzügen reagieren werden. Schon jetzt werden Briefe an die – auf einmal „lieben Mitarbeiter“ – in die Haushalte geschickt, um die Belegschaften zu spalten und die Kampfkraft der IG Metall zu schwächen (siehe Bericht nebenan).

Die Arbeitgeber werden rigoros von ihren Machtmöglichkeiten Gebrauch machen, um die Arbeitnehmer einzuschüchtern. Dieser gewerkschaftliche Kampf wird nur dann zum Erfolg führen, wenn alle Arbeitnehmer zusammenstehen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß nur Solidarität zum Erfolg geführt hat. Aus diesem Grunde werden auch die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt nicht zur Urabstimmung gerufen sind, in den nächsten Tagen, Wochen, vielleicht Monaten noch gefordert sein. In dieser Auseinandersetzung darf kein Funktionär, kein Mitglied, kein Tarifgebiet absits stehen.

## Große Dimension

Nach dem einstimmigen Votum des Vorstands der IG Metall erklärte Hans Mayr, der Erste Vorsitzende unserer Organisation: „Wir kommen in eine Auseinandersetzung von großer Dimension. Alle unsere Kräfte müssen auf ein Ergebnis gerichtet sein, das von allen Mitgliedern akzeptiert wird.“



Metaller im Kampf: An der Seite der IG Metall

Foto: Novum

Wenn Unternehmer das „Gespräch“ suchen:

# Sie lügen – wie gedruckt

Der aktuellen Diskussion in den Betrieben entziehen sich die Unternehmer, wo sie nur können. Aber vor den Urabstimmungen der IG Metall suchen sie – wie Gesamtmetall ankündigte – das „Gespräch“ mit den Beschäftigten, angeblich. Aber das Gespräch entlarvt sich umgehend als einseitige Ansprache mit Drohungen und falschen Behauptungen.

Als einer der ersten schickte SEL-Chef Dr. Helmut Lohr den „lieben Mitarbeitern“ Briefe ins Haus. Er schreibt von zu hohen Lohnkosten, der Konkurrenz und dem schwierigen Export, und daß die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich alles noch viel schwieriger mache und „auch bei uns Tausende von Arbeitsplätzen“ gefährde.

Der freundliche Brief ist eine Frechheit. SEL ist – wie viele Unternehmen, die in diesen Tagen solche Briefe verschicken – ein Spitzenbeispiel dafür, wie mit immer weniger Beschäftigten immer höhere Gewinne gemacht werden. 1980 bis 1983 hat SEL den Umsatz um 20 Prozent und den ausgewiesenen Gewinn um 103 Prozent gesteigert, die Zahl der Beschäftigten aber um neun Prozent abgebaut. 1983 gab es gar – trotz vermehrtem Export, der doch angeblich so besonders schwierig ist – eine Gewinnsteigerung um 211 Prozent! Die ausgezahlte Dividende stieg um 177

Prozent, und die wackeren SEL-Vorstandsmanager hatten sich 1982 ihre Bezüge um 31 Prozent erhöht und kassieren pro Nase eine halbe Million Mark und mehr im Jahr.

Auch Daimler-Benz spricht in einer „Information für die Mitarbeiter“ von der Wettbewerbslage und den Kümernissen des Exports.

Aber die Bundesbank, die den Gewerkschaften gern alles Schlechte in die Schuhe schiebt, hat gerade festgestellt, daß die Löhne und die Gehälter im verarbeitenden Gewerbe in der Bundesrepublik von 1979 bis 1983 mit 22 Prozent weit weniger gestiegen sind als in den anderen wichtigen Industrieländern mit 55 Prozent. Und die Lohnstückkosten stiegen bei uns laut Bundesbank nur um 15 Prozent, im Schnitt unserer 13 wichtigsten Handelspartner aber um 29 Prozent.

Machen wir also, was SEL-Chef Lohr empfiehlt: „Bitte ich Sie, ... sich nicht von falschen Behauptungen irreführen zu lassen.“

Folgen wir einer Aufforderung von Daimler-Benz: „Machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch, wenn Sie zur Urabstimmung aufgerufen werden. Nur wer an der Urabstimmung teilnimmt, kann mitentscheiden.“ Entscheiden für die 35-Stunden-Woche – mit einem „Ja“ zum Streik. Und nicht vergessen: Die Unternehmer lügen wie gedruckt, wie der SEL-Brief beweist.

Hans Mayr über die bevorstehende Auseinandersetzung:

## Kein Tarifgebiet darf abseits stehen



Die IG Metall hatte ihre Kompromißfähigkeit, den Willen zur Einigung auf dem Verhandlungswege bewiesen. Die Metallarbeiter haben das Scheitern der regionalen Verhandlungen erzwungen und den Fehlschlag der Spitzengespräche provoziert.

Sie haben bedingungslos an der Festschreibung der 40-Stunden-Woche und an ihrer Tabupolitik festgehalten

- weil Gesamtmetall die Massenarbeitslosigkeit als Dauerzustand aufrechterhalten will;
- weil die Arbeitgeber gesellschaftliche Entwicklung in Zukunft allein bestimmen wollen;
- weil selbstbewußte Arbeitnehmer und autonome Gewerkschaften die entscheidenden Hemmschuhe für die Verwirklichung des unternehmerischen Kurses sind.

Jetzt muß und wird die IG Metall ihre Kampffähigkeit beweisen:

Der Vorstand der IG Metall hat einstimmig Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen als die Tarifgebiete festgelegt, in denen die organisierten

Arbeitnehmer jetzt zur Urabstimmung gerufen werden. Er hat dies getan im Vertrauen auf die geschlossene Solidarität der gesamten Mitgliedschaft und auf den unverbrüchlichen Willen der gesamten Organisation zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit sowie zur Sicherung der gesellschaftlichen Reformfähigkeit.

Der Vorstand hat die Möglichkeit einer Einbeziehung weiterer Tarifgebiete in den Arbeitskampf offengelassen. Über die Urabstimmungsanträge anderer Tarifgebiete soll zum gegebenen Zeitpunkt entschieden werden.

Der Vorstand hat zugleich noch einmal unterstrichen, daß kein Tarifgebiet abseits stehen darf. In allen Regionen muß es zu Begleitaktionen, zu Warnstreiks und zu Solidaritätsdemonstrationen kommen.

In den bevorstehenden Urabstimmungen müssen und werden die Mitglieder der IG Metall den überzeugenden Beweis dafür erbringen, daß sie zum Kampf für die gemeinsame Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und für die differenzierten regionalen Zusatzforderungen mit dem Mittel des gewerkschaftlichen Streiks entschlossen sind.

Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen müssen durch ihr Votum für den Streik den Propagandaparen und der Verweigerungspolitik von

Gesamtmetall, den antigewerkschaftlichen Hetztiraden und den arbeitnehmerfeindlichen Spaltungsvorhaben konservativer Politiker entgegenzutreten.

Deutsche und ausländische Arbeitnehmer, junge und ältere Metaller werden durch ihr Ja an den Urabstimmungs-Urnen unmißverständlich untermauern, daß sie gewillt sind, gegen den Widerstand der Metallindustriellen und unter Inkaufnahme persönlicher Opfer die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durchzusetzen;

- Sie werden das tun in dem Bewußtsein, daß es zum gewerkschaftlichen Kampf gegen unternehmerische Willkür, zur offensiven gewerkschaftlichen Interessenvertretung in der Beschäftigungskrise keine Alternative gibt außer Anpassung und Kapitulation.

● Sie werden das tun in der Gewißheit, daß die streikenden Arbeitnehmer der Metallindustrie nicht allein sein werden. Sie werden die geschlossene Unterstützung der organisierten Metaller aus dem ganzen Bundesgebiet hinter sich haben.

● Sie werden sich auf die praktische Solidarität des DGB und der anderen Einzelgewerkschaften, unserer internationalen Bruderorganisationen im Rahmen des EMB und des IMB verlassen können.



ZEITUNG DER  
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT  
METALL

NR. 9 · FRANKFURT · 27. APRIL 1984 · JAHRGANG 36 · D 4713 D

# metall

Das Unternehmer-  
Konzept:

Statt  
Arbeit  
für alle  
Arbeits-  
losigkeit  
für viele.



Unser Konzept:

35

Statt  
Arbeitslosigkeit  
für viele -  
Arbeitszeitverkürzung  
für alle.

IG Metall



## Kampf dem Kaputt-Konzept

Gesamtmittel:  
Flexibel in die Arbeitslosigkeit  
Eine Analyse, die jeder lesen muß



# metall

D4713D

**EXTRA**

Sonderausgabe · 7. Mai 1984

Zeitung der Industriegewerkschaft Metall

Jahrgang 36

Nordwürttemberg/Nordbaden macht alles klar:

# 80,05% streikbereiteit



Hans Jandl

Das Ergebnis der Urabstimmung Nordwürttemberg/Nordbaden, bei dem bis jetzt 80,05 Prozent der Metalller für einen Streik votierten, ist ein eindrucksvoller Beweis für die Entschlossenheit, für unsere Forderungen zu kämpfen.

Aller Propaganda der Metallarbeitgeber und allen Wunschräumen der Konservativen zum Trotz hat die Urabstimmung deutlich gemacht, daß die Arbeitnehmer wissen, worauf es im entscheidenden Moment ankommt. Das Kartell aus Koalitionsparteien, Kabinett und Kapital hat durch ihr Verhalten in den Verhandlungen und in den Spitzengesprächen sowie durch ihre Aussagen in der Öffentlichkeit keine Wahl gelassen: entweder zu kapitulieren und sich demütigen zu lassen oder zu streiken.

Das Ergebnis der Urabstimmung zeigt: Die Metalller sind entschlossen, für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu kämpfen – um die eigenen Arbeitsplätze sicherer zu machen und für heute schon Arbeitslose wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Allen Mitgliedern und Funktionären ist für das Zustandekommen dieses Ergebnisses trotz massiver Beeinflussungsversuche der Arbeitgeber und der veröffentlichten Meinung zu danken. Der Erfolg ihrer Arbeit ist gleichzeitig Ermunterung für die Urabstimmung, die jetzt bei den hessischen Metallern ansteht.

Mit der Urabstimmung ist diese Auseinandersetzung selbstverständlich nicht beendet, der Kampf wird jetzt erst richtig beginnen. Wir alle müssen uns darauf einstellen, daß uns Arbeitgeber, konservative Politiker und Publizisten zu den Sündenböcken für das jetzt schon feststehende Ausbleiben des Aufschwungs machen werden, für das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit, das ebenfalls mit den Aprilzahlen – saisonbereinigt – gegeben ist. Die Metalller sind wieder einmal in der Position der Fordernden und

beit als Eigentum gehören und die es sich daher mit ihrem ständigen Nein zu unseren Forderungen einfach machen können.

Für uns muß klar sein: Durch unseren Streik wollen wir nur einen Teil dessen – durch Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne –, was von uns erarbeitet ist, das nur da ist, weil gearbeitet wurde.

So wie unsere Mitglieder in Nordwürttemberg/Nordbaden in der Urabstimmung zu unseren Forderungen gestanden haben, so werden wir auch durch einen Streik ein vertretbares Ergebnis durchsetzen.

Dabei werden sich die Streikenden in zunächst einem oder zwei Tarifgebieten auf die Solidarität und Unterstützung der Metalller in allen anderen Tarifgebieten verlassen können. Es darf und wird keine Spaltung zwischen Akteuren und Zuschauern geben. Alle sind gefordert zu kämpfen! Und alle sind gefordert, durch Warnstreiks und Demonstrationen, Solidaritätsstreiks und Sympathiekundgebungen aktiv den Streik zu unterstützen.

Wir werden diesen Streik beginnen und führen – gestützt auf ein eindrucksvolles Ergebnis der Urabstimmung

– im Wissen um die Geschlossenheit und Solidarität aller Metalller – in Zuversicht auf die Unterstützung aller Gewerkschaften des DGB und – in der Gewißheit, daß er nicht zu vermeiden ist.

Die Metallarbeiter haben den Ernst der Lage erkannt – in der Tarifauseinandersetzung und in gesellschaftspolitischer Hinsicht. Jetzt heißt es: Entschlossen in den Streik

## Das Ergebnis

In Nordwürttemberg/Nordbaden waren insgesamt 251.285 stimmberechtigte Mitglieder der IG Metall zur Urabstimmung aufgerufen. Von ihnen stimmten 201.157 mit „Ja“. Das sind 80,05 Prozent. In einigen Betrieben, in denen es Kurzarbeit gab, wird die Urabstimmung in dieser Woche nachgeholt. Beeindruckend ist die Zahl der Wahlbeteiligung: 96,36 Prozent der Kolleginnen und Kollegen gingen an die Urne.

Krawallmacher, die dauernd nur stören und Unruhe wollen. Aber wir wissen aus bitterer Erfahrung: Es sind immer die Gewerkschaften, die Arbeitnehmer, die mit ihren Forderungen antreten müssen, um einen Teil dessen zu bekommen, was sie erarbeitet haben. Und es sind immer die Unternehmer und ihre Verbände, denen in unserer Gesellschaftsordnung zunächst alle Ergebnisse und Früchte unserer Ar-



Urabstimmung bei Stahl: Ernst der Lage erkannt

Foto: Meibner

An der Leine von Gesamtmetall

## Stahl-Bosse blocken

Obwohl die Stahlarbeitgeber in ihren eigenen Berechnungen festgestellt haben, daß mit der Einführung der 35-Stunden-Woche 1984 und 32.000 Arbeitsplätze gesichert werden könnten, blockieren die Bosse die Forderungen der IG Metall ab. Sie lösten sich in der ersten Verhandlungsrunde über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen in der Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen keinen Millimeter vom Gängelband von Gesamtmetall und legten wohl deshalb kein Angebot vor.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß Reallohnverlust gleichzusetzen ist mit Produktivitätsrückgang und Arbeitslosigkeit. Wenn bescheidene Wachstumsziele erreicht werden sollen, müssen Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen die Preissteigerungsrate ausgleichen.

Die Stahl-Arbeitgeber sollen sich nicht täuschen: Es wird nicht daran gedacht, Lohnopfer zur Sanierung der Stahlindustrie zum Prinzip der Lohnpolitik zu machen. Unser Prinzip ist es, alles zu tun, um die Arbeitnehmer vor den Krisenlasten zu schützen. Die Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie sollen nicht von der allgemeinen Entwicklung abgehängt werden.

Die Verhandlungen werden am 18. Mai fortgesetzt, die Tarifkommission der IG Metall wird am 21. Mai in Mühlheim tagen.

Kollegen aus den Stahlbetrieben hatten vor dem Eingang des Verhandlungslokals am Donnerstag in Krefeld ihren Forderungen Nachdruck verliehen. Währenddessen begründete die IG Metall, warum eine Reallohnsicherung

Arbeitgeber greifen mit miesen Tricks in die Urabstimmung ein

## Vor Dunkelmännern wird gewarnt

Die Arbeitgeber, seit über 150 Jahren gegen jede geforderte Arbeitszeitverkürzung, greifen mit den miesesten Tricks und dunklen Drohungen in die laufenden Urabstimmungen der IG Metall ein.

Die Unternehmer schicken Briefe an die Familien der „lieben Mitarbeiter“ und fordern zum Nein der Urabstimmung auf. Dabei verschweigen sie, wie sie mit immer weniger Beschäftigten immer höhere Gewinne machen, von denen sie wiederum immer weniger investieren. Sie schüren die Angst vor ausländischer Konkurrenz, verschweigen aber, daß beim „Hauptkonkurrenten Japan“ die Löhne in den letzten Jahren stärker gestiegen sind als bei uns – und daß auch dort die Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

für die 40-Stunden-Woche“ lassen die Arbeitgeber auf Plakate drucken – gerade so, als befänden wir uns in den sechziger Jahren, hätten noch die 48-Stunden-Woche und sollten nun die 40 Stunden als Geschenk erhalten. Dabei ist die 40-Stunden-Woche von den Arbeitnehmern gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmer erkämpft worden – die auch damals den Untergang der Wirtschaft vorhersagten.

### Ohne Öffentlichkeit

Und die Unternehmer bezweifeln die demokratische Urabstimmung selbst. Ausgerechnet: Die Unternehmer, von niemandem gewählt, bestimmen allein aufgrund ihres Geldes. Ihre Verbandsfunktionäre tagen geheim, nie wird eine Diskussion oder gar ein Abstimmungsprotokoll veröffentlicht (wie

kommissionssitzung), nie ist die Diskussion öffentlich (wie auf jedem Gewerkschaftstag), und die Journalisten sperren sie aus den Unternehmen und von der Urabstimmung aus.

Im dunkeln entscheiden einige wenige Arbeitgebermanager, ohne jede demokratische Legitimation. Und ausgerechnet diese Dunkelmänner versuchen, die demokratische und geheime Urabstimmung der IG Metall ins Zwielicht zu ziehen.

Wir warnen vor diesen miesen Tricks und falschen Behauptungen der Arbeitgeber.

Es geht darum, den Arbeitsplatzabbau nach Maß der Unternehmer zu stoppen und mit der 35-Stunden-Woche den heute einzig möglichen Weg zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu beschreiben. Dieser Weg wird nur durch das Ja bei der Urabstimmung

Stimmungsmache gegen Urabstimmung

## Inszenierte Fälschung

Stuttgarts Sensationsjournalist Werner Brock („Stuttgarter Zeitung“) frohlockte: Endlich glaubte er, der IG Metall eine Fälschung bei der Urabstimmung nachweisen zu können.

Aus den Reihen der sogenannten „Unabhängigen Angestelltenliste“ habe er Informationen erhalten, wonach ein Metalller bei Daimler-Benz in Untertürkheim bei der Urabstimmung zweimal abgestimmt habe. Dramat lautet seine

Schlagzeile am nächsten Tag: „Wer will, kann auch mehrmals zur Urne gehen.“

Keiner der anderen Journalisten, die von der „Unabhängigen Liste“ unterrichtet worden waren, ist auf die inszenierte Fälschungsgeschichte hereingefallen. Sie haben die ungeheuerlichen Vorwürfe nachrecherchiert und festgestellt, daß nicht dran ist. Brock dagegen schrieb den Quatsch, ohne seine Quelle zu nennen.

# Urabstimmung in Nordwürttemberg/Nordbaden: Eine Atmosphäre breitet sich aus

**U**rabstimmung in Nordwürttemberg/Nordbaden: METALL sah sich in dieser spannungsgeladenen Zeit im Abstimmungsgebiet un...

„Gib mir doch auch mal so einen harten Brocken“, sagt Erich Salz zum METALL-Fotografen und steckt sich die schwarze, filterlose Zigarette an. Nach ein paar Zügen ist die kleine Pause beendet, er greift wieder zum Megaphon: „Guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen, hier spricht die IG Metall, wir bitten euch, an der Urabstimmung teilzunehmen, und bitten von euch Ja.“ Daimler-Benz-Betriebsrat Salz kann keine langen Pausen machen, muß draußbleiben – denn jetzt tauchen aus dem Dunkeln der Nacht, es ist fünf Uhr früh, Tausende von Arbeitkollegen auf. Die Frühschicht beginnt. Und mit ihr heute, am 3. Mai, bei Daimler in Sindelfingen die Urabstimmung über das Ja oder Nein zum Arbeitskampf.

Hinter dem Werkstor 3 steht eine gelbe Baubaracke für die Urabstimmung bereit. Zehn solcher Baracken stehen bei Daimler-Benz auf dem Sindelfinger Werks Gelände, wo 39.000 Menschen arbeiten und in denen im gewerkschaftlichen Sektor

96 Prozent in der IG Metall organisiert sind. Die Urabstimmung läuft mit erstaunlicher Präzision ab. Stimmkarten wurden an die Abstimmberechtigten schon Tage vorher verteilt, die Kollegen geben sie am Eingang der Baracke ab, erhalten ihren Stimmzettel, machen ihr Kreuz, werfen ihn zusammengeklappt in die stets bewachte Urne und gehen hinten zur Hütte hinaus zum Arbeiten. Noch arbeiten sie. Noch ist kein Streik.

### Wirbel am Werkstor

Es wird nicht viel geredet an diesem frühen Morgen. Die Zeit der Diskussionen ist vorbei. „Sind Sie für Streik?“ fragt ein Pressevertreter einen Arbeiter. „Was sonst“, knurrt der nur lakonisch. Rühig und entschlossen stimmen die Arbeitnehmer ab, jeder weiß, um wieviel es geht. Eine Atmosphäre von abwaschender Disziplin, von verhaltener Kampfbereitschaft breitet sich aus. Diese Menschen fühlen, daß sie gerade selbst die Weichen stellen, ob die Arbeiterschaft sich zurückkämpfen will in die Zeit der Angst, oder die Rechtlosigkeit und der noch größeren Arbeitslosigkeit.

Wirbel gibt es nur ein paar Meter vor der Abstimmungs-Baracke, am Werkstor. Der Werkschutz muß die Fotografen und Journalisten ausstern. Wir haben unsere Anweisungen. „Einem der Schildwachen-Mitarbeiter rütselt dann jedoch für einen Moment seine dienstliche Meinung weg, er lächelt: „Nachher, um drei Viertel sieben, stimme ich auch ab.“ Dann schaut er wieder passend zur Schildwache.

An der Seite des Werkstors steht Ernst Eisenmann, Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, um zu sehen, wie die Urabstimmung anläuft. Um zwei Uhr nachmittags ist Eisenmann wieder am Werkstor von Daimler-Benz – diesmal in Mannheim. Dort findet die Urabstimmung erst einen Tag später statt, am Freitag, dem 4. Mai. An diesem Vortag wollen die Metzler hier nochmals mit einer mächtvollen Demonstration zeigen, wie kampfbereit sie sind.

Rund 10.000 Menschen (14.000 arbeiten hier beim „Benz“) ziehen in ihrem ruhigen Marsch vom Daimler-Benz-Werkstor zum Herzogenriedpark, Ernst Eisenmann in der ersten Reihe.

„Mädchen singen Lieder zur Gitarre: „Für neue Arbeitsplätze wollen

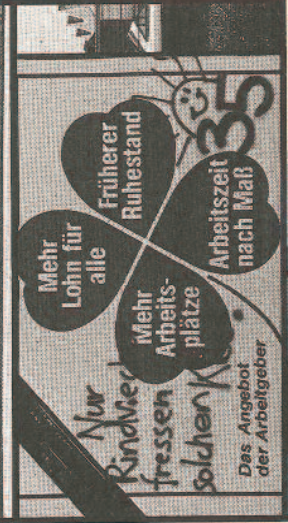
wir streiken, keiner schiebt uns weg.“ Große Transparente: „Gegen die Unternehmer von gestern kämpfen wir Metaller von heute.“ Arbeitgeber suchen Streit – wir Metaller sind bereit.“ „Urabstimmung: Wir stimmen mit Ja, weil wir zur Arbeitslosigkeit nein sagen.“ Oben auf dem Balkon eines Wohnhauses, an dem die vielen Menschen schweigen und vorbeiziehen, steht ein altes Ehepaar. Der Mann sieht auf alle Plakate und Transparente und nickt immer wieder mit dem Kopf.

Wie in so vielen anderen Betrieben hat auch bei Daimler-Benz in Mannheim die Werksleitung versucht, mit an die Privatadresse jedes einzelnen Arbeitnehmers versendeten Schreiben Stimmung gegen ein Ja bei der Urabstimmung zu machen. Die Arbeitnehmer reagierten höchst souverän: Sie sammelten all ihre vielen tausend Briefchen ein und gaben sie über den Betriebsrat mit freundlichen Grüßen an die Werksleitung zurück. Vertrauensmann Hans-Dieter Ritter: „Bei uns herrscht schon lange Einigkeit.“ In Herzogenriedpark bauen sich die 10.000 Metaller dazu ein eigenes Kündigungsgebet auf. Ernst Eisenmann erinnert unter Hinweis auf die Appelle der Arbeitgeber, wir müssen doch alle ans Gesteht, wohl denken, an die Tatsache, daß die Arbeitgeber selber die letzten 100 Millionen nicht einmal eine soziale Gestaltung gezeigt hätten: „Jeder Pfennig Lohn, jede soziale Verbesserung, jede Minute Arbeitszeitverkürzung mußten ihnen abgerungen werden.“

### Drohungen von Stihl

Über der Kundgebung dreht sich die Argumentation der Arbeitgeber mit Schleppen über dem Park, auf denen steht: „Jedes Nein bei der Urabstimmung ist ein Ja für den Ausschuss.“ Die da unten finden das Argument nicht berauschend. Denn daß der Ausschuss an ihnen vorbeischaufelt hat jeder der 10.000 schon gemerkt.

Sie haben überhaupt schon viel mehr gemerkt, die Metzler, als „ihre“ Arbeitgeber ahnen. Daß die Vorbestandsregelung nichts an Arbeitsplätzen bringt, das wurde zum Beispiel den Mitarbeitern der Motorsägefabrik Stihl klar. Hans Peter Stihl, Gesamtmetall-Vize und Verhandlungsführer der Arbeitgeber in Baden-Württemberg, bot Anfang des Jahres die 59er-Regelung an. 26



Arbeitsverargumente und Gegenargumente: Gästrische Grafiker-Sprüche kommentieren die Klusliar-Aktion der Arbeitgeber, welche nur dünne Standard-Behauptungen wiederholt. Auch eine leere Litigebstanz bekam ein originales Graffiti.

langjährige Mitarbeiter, die sich den Rentenverlust durch ihre Betriebsrente „leisten“ konnten, machten Gebrauch davon. „Aber deshalb gab es keine einzige Neueinstellung“, sagt Betriebsrat Franz Biermeier: „Und da haben die Kollegen was kapier.“

Trotz der Drohung von Stihl vor einigen Monaten, bei Einführung der 35-Stunden-Woche werde er alle Arbeitsplätze ins Ausland verlegen, zweifelt jetzt, bei der Urabstimmung, keiner an einem überwäligen Vorstoß für die Forderungen der IG Metall.

Ein ausländischer Kollege sagt mit feiner Ironie: „Klar stimme ich mit Ja. Weißt du, bei dem Druck, den wir Ausländer von anderer Seite immer kriegen, haben wir das Neinsamer doch verlernt. Aber im Ernst: Wenn die Urabstimmung nicht durchgeführt, können wir Arbeiter doch einpacken.“

Das ist auch den Mitarbeitern der Nachrichtentechnik-Firma SEL in Stuttgart-Zuffenhausen bewußt. Oswald Probst, Mechaniker in der Sonderwerkstatt – er steht mit Hunderten Kollegen nach der Frühstücks-pause beim Betriebsratsbüro Schlange, um abzustimmen –, sagt: „Wir denken wirklich an die arbeitenden Leute draußen. Die, die bloß ihr eigenes Schälchen ins Trockene bringen wollen, das ist ein minimaler Prozentsatz.“

### Heuchlerische Briefe

Auch bei SEL bekamen alle Mitarbeiter übrigens einen netten Brief vom Chef mit der Bitte um ein Nein zur Urabstimmung. Nachdem von 1982 auf '83 bei SEL 1.500 Menschen ihre Existenz verloren hatten, nachdem ein weiterer Personalabbau durch Einführen des rationalen zu fertigenden neuen digitalen Telefonvermittlungssystems 12 anstehende drückte plötzlich SEL-Vorsitzender Helmut Lohr auf die Tränenrüse: „Ich schreibe Ihnen und Ihren Familien heute, weil ich Ihre Hilfe brauche. Wir sind aufeinander angewiesen. Wir sind aufeinander angewiesen“, wanderte er sich leutselig an die Mitarbeiter. Gerade vor ein paar Wochen, im Januar und März, hatte Lohr wieder ein paar Massenentlassungen getätigt. Jetzt schrieb er von unserer gemeinsamen Zukunft“ (siehe auch Seite 21).

Der SEL-Gesamtbetriebsrat hatte diesmal die Urabstimmung besonders perfekt organisiert. Sechs Teams waren mit Zug und Auto in der ganzen Bundesrepublik unterwegs, um auch den rund 1300 Mitarbeitern im Außendienst mit der „fliegenden Urabstimmung“ erstmals eine Beteiligung zu ermöglichen.

Das Ja der großen Mehrheit zur Urabstimmung in Nordwürttemberg/Nordbaden beruht auf der großen Bereitschaft der Kollegen, sich alle Argumente genau anzusehen. Bisweilen informierten sich bei den Betriebsräten aber auch ganz andere Leute. So kamen vor einigen Tagen zum Stihl-Betriebsrat in Waiblingen-Neustadt drei evangelische Pfarrer, die mal genau wissen wollten, was das mit der 35-Stunden-Woche ist. Sie waren sehr skeptisch und hatten viele Bedenken. Am Schluß des Gesprächs waren sie überzeugt und boten ihre Hilfe an.

Herr Stihl wird, wenn gestreikt wird, die Pfarrer vor dem Werkstor bei den Kollegen finden. Stefan Esser

# Metaller stellen die Weichen



# metall

D4713D

**EXTRA**

Sonderausgabe · 21. Mai 1984

Zeitung der Industriegewerkschaft Metall

Jahrgang 36

Kein Kurzarbeitergeld – Neuer Rechtsbruch aus Bonn

# Nicht mit uns

Neuer Anschlag der Rechtsregierung aus CDU/CSU und FDP auf die Rechtsordnung der Bundesrepublik: Nur wenige Tage, nachdem sie mit ihrem Versuch gescheitert ist, Steuerhinterziehern aus der Wirtschaft und korruptionsverdächtigen Politikern aus den eigenen Reihen Amnestie zu gewähren, hat sie in einem abgekarteten Spiel mit den Arbeitgebern und der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen, daß den vom Produktionsstopp indirekt betroffenen Arbeitnehmern außerhalb der Streikgebiete kein Kurzarbeitergeld gezahlt werden soll.

Dieselbe Bundesregierung, die vorhatte, einer Handvoll Unternehmern Gnade für ihre Schmiergeschäfte zu gewähren, betreibt jetzt gnadenlos, daß Hunderttausende, vielleicht Millionen von Arbeitnehmern und ihre Familien in Not und Elend gestürzt werden. Die Arbeitgeber und ihre Bundesregierung wollen mit dieser Kraftprobe ein für allemal die Machtfrage klären.

Ist der Widerstand der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften durch dieses brutale Vorgehen gebrochen, dann können ohne weitere Probleme noch mehr Milliarden von unten nach oben verteilt werden – zugunsten des Kapitals und zu Lasten der abhängig Beschäftigten und der sozial Schwachen. Für die Arbeitnehmer dieses Landes kann es jetzt nur eine Antwort geben: Widerstand gegen diese menschenverachtende Politik.

Vordergründig beruft sich der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, bei seiner von den Arbeitgebern und der öffentlichen Hand unterstützten Entscheidung, außerhalb der Streikgebiete kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, auf die Neutralitätsverpflichtung sei-

nes Amtes. In Wirklichkeit ist dies kein neutrales Amt, sondern unsere Sozialversicherung. Schließlich sind es die Arbeitnehmer, die die Arbeitslosenversicherung bezahlen – zur einen Hälfte direkt, zur anderen auf dem Umweg über die Preise, auf die die Unternehmer ihren Beitrag abwälzen.

Eine Versicherung, die im Versicherungsfall plötzlich und willkürlich die Leistungen verweigert, gilt allgemein als ein Betrugsunternehmen. Wenn die Unternehmer Hunderttausende und demnächst Millionen eiskalt aussperren und arbeitslos machen, dann ist das geradezu der klassische Versicherungsfall für die Bundesanstalt der Arbeit.

Der Vorstand der IG Metall hat am Samstag die Einleitung aller rechtlichen und politischen Maßnahmen beschlossen, um die Lohnansprüche und Lohnersatzansprüche aus der „kalten Aussperrung“ zu sichern.

## Auf nach Bonn

Diese Auseinandersetzung indes ist in den nächsten Tagen und Wochen nicht nur juristisch zu lösen. Denn hinter der von Bundesregierung und Unternehmern ausgehenden Anschlag auf die Arbeitnehmer steckt eine Strategie, um das Rechtsbewußtsein der Bürger zu brechen und diese gegen die Gewerkschaften, vor allem gegen die IG Metall, aufzuheizen. Die Betroffenen sollen – so kalkuliert diese Unternehmer-Regierung – ihren Unmut gegen die Gewerkschaften kehren und nicht gegen die eigentlichen Brandstifter.

Mit der in der Nachkriegsgeschichte einmaligen und erstmaligen Entscheidung, kein Kurzarbeitergeld für die Indirekte vom Streik

betroffenen Arbeitnehmer zu zahlen, soll darüber hinaus die „kalte Aussperrung“ zum politischen Kampfmittel geädelt werden. Denn „kalte Aussperrung“ ist nicht etwa streikbedingt, sondern von den Arbeitgebern willkürlich herbeigeführt. Selbst als in der Vergangenheit über mehrere Wochen gestreikt wurde, gab es außerhalb der Streikgebiete immer genug Teile, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Diesmal wurde das durch einen Streik entstehende Betriebsrisiko von vornherein auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Würde man die „kalte Aussperrung“ akzeptieren, wäre jeder Streik von vornherein aussichtslos.

Die Tarifautonomie wäre im Eimer. Das Streikrecht, das im Grundgesetz festgeschrieben ist, wäre kaputt, die Aussperrung und die „kalte Aussperrung“ politisch sanktioniert. Dieses ist die eigentliche Kapitulationsstrategie von Bundesregierung, Arbeitgebern und der ihnen willfährigen Bundesanstalt für Arbeit.

Die Situation ist dramatisch. Wenn jetzt die Arbeitnehmer in diesem Lande zusammen mit ihren Gewerkschaften nicht die Reihen schließen, wird der Rechtsbeugung Tür und Tor geöffnet – das Amnestiesgesetz ist dagegen nur ein klägliches Putschversuch gewesen. So wie innerhalb von wenigen Tagen die geplante Rechtsbeugung am öffentlichen Protest gescheitert ist, so muß die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit auf Druck aller Arbeitnehmer in diesem Lande fallen. Mit massiven Demonstrationen und Protesten in den Betrieben, auf den Straßen und am 28. Mai in Bonn können Millionen zeigen, daß sie sich nicht von einigen Herren entmündigen und gängeln lassen.

Bosse wollen 100000 Metaller aussperren

## Stihls schmutzige Waffen

Unrecht als Recht und den Bürger damit für dumm zu verkaufen, das versucht jetzt auch der Stuttgarter Arbeitgeber-Boss Stihl. Aber wie die Bundesregierung mit ihren Putsch-Versuchen in Sachen Steuerhinterziehung und Hinterziehung von Kurzarbeitergeld für die Opfer des brutalen Willküraktes der kalten Aussperrung, wird auch Stihl den passenden Denkzettel verpaßt bekommen: Am Mittwoch werden Mitglieder aller DGB-Gewerkschaften in Baden-Württemberg von 13 Uhr an die Brocken hinwerfen und ihre Solidarität mit den Opfern der Willkürmaßnahmen demonstrieren.

65000 Arbeiter aus 35 Betrieben sollen nach dem Willen einer kleinen radikalen Minderheit aus dem Arbeitgeberlager ab Diensttag im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden die frühkapitalistische Reize der Aussperrung zu spüren bekommen. Fabrig und nervös tat Stihl diesen Unrechtsbescheid am Freitag letzter Woche vor Journalisten kund. Zynisch sprach er von einem „ersten moderaten Schritt“, von einer „maßvollen Antwort“ auf 65000 Streikende. Eine glatte Lüge. Denn ab heute sind im Südwosten lediglich 25000 Metaller im Streik.

Das ist vergleichbar mit einer abenteurerlichen Atombomben- und Hochrüstungspolitik, die auch den heißen Krieg nicht scheut.

## Protestmarsch nach Bonn

**Gegen Aussperrung und Rechtsbruch**  
**Für Arbeit und Recht**

am Montag, 28. Mai 1984, 15 Uhr  
Gewerkschaftliche Großkundgebung  
Bonn, Hofgarten

Redner:  
Hans Meyr, Ernst Breit  
und Kurt van Haaren

Auf den Sammelplätzen  
und auf dem  
Kundgebungsplatz:  
Künstler und  
Musikgruppen  
für die  
35-Stunden-Woche

IG Metall



Wir marschieren nach Bonn. Alle Arbeitnehmer sind aufgerufen, sich an der großen Protestdemonstration am 28. Mai zu beteiligen. Wir werden es denen in Bonn zeigen, daß sie nicht mit uns umspringen können, wie es ihnen paßt. Zeigen wir ihnen unseren entschlossenen Widerstand. Kommt mit nach Bonn – massenhaft!

Der Präsident, der gegen uns entschied

## Blüms Spezi

Wer ist dieser kleine unscheinbare Mann an der Spitze der Bundesanstalt für Arbeit? Wer ist dieser Heinrich Franke, der Hunderttausenden Metallern mit einem Federstich das Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld streichen will?

Bis zur Bonner Wende, die ihm erstmals ein Amt bescherte, war der 56jährige Osnaabrücker politisch ein Niemand, der brav und mausgrau die Hinterbänke im Bundestag drückte. Beruflich hat Franke als Ingenieur für Schwachstromtechnik früher mal bei Siemens gearbeitet, eine Firma, die uns gleich noch näher interessieren wird.

Bis 1965 saß er dann zehn Jahre lang als CDU-Abgeordneter im niedersächsischen Landtag, seither ebenso still im Bundestag. Nur einmal fiel der Name dieses Sozialausschüßlers ein bißchen auf, als er sich 1976 gegen die Einführung der paritätischen Mitbestimmung und damit gegen seinen eigenen GDU-Arbeitnehmerflügel aussprach.

Doch das hinderte seinen Freund und Förderer Blüm keineswegs daran, Franke gleich nach der Wende zum Staatssekretär in seinem Arbeitsministerium zu befördern. Und seit dem 2. April sitzt Spezi Franke auf Blüms Vorschlag auf dem Präsidentenposten der Bundesanstalt für Arbeit.

Kein schlecht bezahlter Posten für einen Mann, der dafür bisher keine anderen Fähigkeiten vorgewiesen hat, außer das er das richtige Parteibuch und die richtigen Freunde hat. So erst wird auch seine Antwort verständlich, als er von einer Zeitung gefragt wurde, ob er sein Amt genauso neutral wie sein Vorgänger Stingl ausüben werde. Original-Ton Franke: „Ich werde nie verleugnen, woher ich komme.“

Wer es ohne erkennbare eigene Leistung so weit bringt, der hat natürlich

denen zu danken, die ihn so gut versorgen. Freilich, selbst das macht der Hinterbänkler so tappisch, daß seine Parteifreunde in der Regierung gewiß keine reine Freude an ihm haben. Erzählte Franke doch in der „Tagesschau“ am letzten Freitag ganz ungeniert, er erwarte, daß die Verweigerung des Kurzarbeitergeldes im Tarifkonflikt „möglicherweise eine Beschleunigung zur



Präsident Franke, Minister Blüm: Parteibuch verpflichtet

Verhandlung“ bewirkt. Da hat sich der Parteifunktionär selbst vor aller Öffentlichkeit die neutrale Maske vom Gesicht gerissen.

Wenn Franke also nicht leugnen will, aus welcher Ecke er kommt, dann soll er öffentlich sagen, ob auch er – womöglich noch bis zum 2. April – Geld von Siemens eingesteckt hat. Denn der reichste Konzern der Bundesrepublik zahlt bekanntlich allen politischen Mandatsträgern aus den eigenen Reihen, die so etwas mitmachen wollen, zu den hohen Diäten noch das alte Gehalt obendrauf.

Freund Blüm wird freilich nicht daran vorbeikönnen, Frankes Rechtsbeugung rückgängig zu machen. Denn als Bundesarbeitsminister hat er die Rechtsaufsicht über die Bundesanstalt für Arbeit. Und das Recht muß für einen Minister höher stehen als das richtige Parteibuch.



f Wochen Streik in  
ndwürttemberg/Word-  
den, vier Wochen in  
ssen - wir sieht da el-  
nlich der Alltag aus?  
e erleben die betroffene-  
llen die Ausnahmeseit-  
lle ihnen neben man-  
eren Unannehmlichkel-  
e beschert? METALL  
in Baden-Württemberg  
und auch mit einer  
t ausländischen Kolle-  
nen Auswirkungen  
ndernverweitem Kampf-  
ragen.

eiken ja nicht nur für uns,  
auch für unsere Kinder,  
eneration, die nach uns  
Christa Rosetti weiß, wo-  
icht: „Wir im Betrieb sind  
Tag mit der Rationalisie-  
routiert, da müssen wir  
dagegen unternehmen.  
in dem Tages nur noch  
ldrin.“ „Da drin“, das ist  
Kolben-Schmidt in Nek-  
reit seit 20 Jahren hier,  
icht sich keine Illusionen  
die Sicherheit ihrer Ar-  
„Kolleginnen haben an-  
hinen gessen und ge-  
sie rausgeschmissen wur-  
viel, das macht von jetzt  
schine“. Aber denken die  
weiter? Die Kobbies, die  
ne Autos, keine Kleider  
einen Teddybären!“  
eginnen und Kollegen ha-  
fahr erkannt und stehen  
in auch anfängliches Zö-  
anchen überwunden wer-  
- voll hinter dem Streik  
Stunden-Woche.  
im Streik geht es früh-  
milientage in Neckarsulm,  
sporthalle toben Kinder,  
sik (fast immer „selbige-  
jeinen die selbstgebacke-  
n und Brote über die pro-



Rita (links) und Elly: Hausfrauen kämpfen mit

visorische Theke („Preise nach oben  
offen“). Viele ausländische Kolle-  
gen mit ihren Familien sind gekom-  
men. Manche sitzen in Grüppchen  
beieinander, andere spielen mit  
deutschen Kollegen Skat. Rückt die  
Ausnahmesituation Streik Deutsche  
und ausländische Arbeitnehmer en-  
ger zusammen? Abdullah Y., seit  
vier Jahren in der Bundesrepublik  
lebender Türke, stimmt begeistert  
mit: „Ja, wir gehen mehr wie Freunde  
miteinander um. Früher hab' ich nur  
wenig Deutsche getroffen, aber im  
Streik kommen wir viel schneller  
miteinander in Kontakt.“

### Wir schaffen es

An einem Tisch, an dem sechs tür-  
kische Kollegen an ihrer Limo nip-  
pen, herrscht eher Skepsis vor. Neue  
Freunde? Mal sehen. Wichtig ist  
jetzt erst mal, daß alle Seite an Seite  
kämpfen, denn „wenn wir jetzt nicht  
kämpfen, kriegen wir nix“. Die tür-  
kischen Kollegen mögen ihre Na-  
men nicht nennen, aus Furcht, von  
der Militäraktivistin in Ankara be-  
langt zu werden. Man muß vorsich-  
tig sein.

Hier im Streik sind sie es nicht, da  
schauen sie kein Risiko. Weniger  
Geld in der Haushaltskasse? Damit  
kann man leben. „Wir sind sowieso  
nicht viel gewöhnt, da schaffen wir



Kollegen in Neckarsulm: „Man muß was tun“



Bilder vom Solidaritätsfest für die ausgesperrten VDO-Arbeitnehmer in Ffr wir jetzt nicht kämpfen, kriegen wir nix“



Foto: Inge Werth

# „Wir halten in Streik noch lange durch“

es auch mit weniger. Wir können  
lange aushalten.“ Ein Für und Wi-  
der für die 35-Stunden-Woche ist für  
sie gar kein Thema, das ist eine ganz  
klare Sache: „Unsere Arbeitsplätze  
müssen doch sicher bleiben.“  
Dursun Karadag, 20 Jahre alt und  
in der Bundesrepublik aufgewach-  
sen, meint in waschechtem Schwä-  
bisch: „Man muß was tun! Von  
nichts kommt nichts.“ Streiken darf  
er noch nicht, „aber Streikposten stehe  
nder ist, nicht weil ich Ausländer bin,  
sondern Kollege.“

### Wir sparen jetzt

Was die ausländischen Kollegen  
im Arbeitskämpf leisten, weiß Theo-  
dorus Colovos genau. 53 Jahre ist er  
alt, seit 25 Jahren in der Bundesre-  
publik, genauso lange bei WMF in  
Geislingen, seit vielen Jahren Ver-  
trauensmann, seit vier Wochen aus-  
gesperrt. „Die ausländischen Kolle-

gen sind bereit, jeden Schritt für die  
Gewerkschaft mitzumachen, da gibt  
es kein Wenn und Aber. Wenn's  
Streikposten geht oder andere Ar-  
beit. Sie sind immer dabei. Die deut-  
schen Kollegen sagen schon et-  
mal, sie hätten keine Zeit oder  
wären krank oder so... Mand  
wertwirtschaftsbeitrag, und damit  
sich.“

### Wir kämpfen mit

Daß die Ehefrauen zu Hause sit-  
zen und nörgeln und ihre Männer  
möglichst rasch wieder an die Werk-  
bank treiben wollen, ist eine Vor-  
stellung, die die Unt, nehmer gerne  
plagen. Sie sollten sich in Reuili-  
samensehen, machen die Unt  
nehmer und die Regierung uns  
putt.“  
Finanzielle Einbußen - damit wir  
den sie schon fertig. Manche Pa-  
ren sind gleich zweimal betroffen.  
wenn auch die Frau in der bester-  
ten oder ausgesperrten Firma ar-  
tet. Das heißt schon ein Loch ins P-  
tommaek. Theodorus dazu: „  
sparen überall was ein, an Lebel

„Erst haben wir uns mal richtig  
informiert, da waren die Männer  
auch immer bei unseren Treffen  
noch dabei“, erzählt Rita Schwarz,  
Hausfrau und Mutter von zwei  
Töchtern, „aber dann sind wir bald  
aufmüdig geworden.“ Das war der  
Beginn der eigenständigen politi-  
schen Arbeit. Für ihre Hausfrauen-  
Kolleginnen in Reutlingenschriften  
sie ein Flugblatt, das über die 35-  
Stunden-Woche aufklärt.  
„Vor den Kaufhäusern haben wir  
auch gern genommen und gesagt,  
daß sie es zu Hause in Ruhe lesen  
wollen.  
Aber sobald ihre Männer dabei  
waren, haben sie gleich abgewinkt“  
berichtet Elly Keppler, die auch von  
Anfang an dabei ist. In den Reutlin-  
ger Zeitungen veröffentlichten sie  
eine Anzeige „Hausfrauen für die  
35-Stunden-Woche“, selbst finan-  
ziert; zu den Tarifverhandlungen  
und vielen Demos zogen sie mit

selbstgefertigten Transparenten.  
„Nein, wir lassen uns nicht in die  
Kaffee-und-Kuchen-Ecke abdrän-  
gen“, lacht Rita.  
Solidarität heißt für sie vor allem,  
den eigenen Kopf benutzen. Jetzt,  
im Streik, packen sei natürlich auch  
in der „klassischen“ Frauenrolle zu:

Gabriele Krämer-Prein



Familientag: Im Streik kriegt man schneller Kontakt





Mit dem Kompromiß von Ludwigsburg gelang der IG Metall ein tarifpolitischer Durchbruch:

# Die 40 sind weg



Wer den Ludwigsburger Kompromiß richtig bewerten will, der muß ihn als das Resultat der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Beschäftigungskrise verstehen.

Sie sind geprägt durch jenen Klassenkampf von oben, der den Arbeitskampf in der Metallindustrie zur härtesten sozialen Auseinandersetzung unserer Organisation in der Nachkriegsgeschichte gemacht hat. Trotz der massiven Unterstützung durch die Bundesregierung und trotz des krassen Mißbrauchs ihrer Macht durch die Aussperrung ist es den Arbeitgebern nicht gelungen, die 40-Stunden-Woche festzuschreiben und die IG Metall in die Krise zu treiben. Wir haben Narben davongetragen. Aber wir sind nicht in die Knie gezwungen worden. Die Metallarbeitgeber haben ihr Ziel nicht erreicht.

Der Ludwigsburger Kompromiß kam unter äußerst widrigen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen zustande. Er wurde nur dadurch ermöglicht, daß die Streikfront in den Kampfgebieten gestanden und die Solidarität außerhalb der Kampfgebiete gehalten hat.

Das sind die beiden maßgeblichen Gründe dafür, daß wir – trotz des Drucks von unternehmerischen und staatlichen Repressionen – ei-



Schlichtung unter Georg Leber (l.) mit den IG Metallern: Das Tabu der Arbeitgeber durchbrochen

Foto: Mehnert

nen organisationspolitischen Einbruch verhindern und einen tarifpolitischen Durchbruch verwirklichen konnten:

– Wir haben das Tabu der Arbeitgeber durchbrochen. Ab 1. April 1985 wird die tarifliche Wochenarbeitszeit in allen Betrieben auf 38,5 Stunden verkürzt.

– Wir haben das Prinzip des vollen Lohnausgleichs für die neue Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden durchgesetzt. Die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit wird für keinen Arbeitnehmer zu einer Verminderung seines tariflichen Monatseinkommens führen.

– Hinzu kommen – neben einer

Pauschalzahlung von 250 DM für alle – Lohn- und Gehaltserhöhungen in zwei Stufen von 3,3 Prozent ab 1. Juli 1984 und von weiteren 2,0 Prozent zum 1. April 1985. Sie bieten nicht die Gewißheit, wohl aber die Chance, daß die Realeinkommen der Metallbelegschaften in den Jahren 1984/85 gesichert werden.

– Hinzu kommt weiter eine tarifliche Vorruhestandsregelung. Sie wird von uns auch heute nicht zu jener beschäftigungspolitischen Wunderwaffe hochgejubelt, als welche sie die Arbeitgeber in der Vergangenheit verkaufen wollten. Aber sie ist von der IG Metall – und das steht heute fest – nicht als Ersatz für

die Wochenarbeitszeitverkürzung hingenommen, sondern als Zusatz zur Wochenarbeitszeitverkürzung erreicht worden.

Bei alledem bleibt unübersehbar: – Wir haben die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche in einem Stufenplan nicht geschafft. Aber wir haben das unternehmerische Ansinnen abgewehrt, die neue Wochenarbeitszeit und den Urlaub bis zum Ende der 80er Jahre festzuschreiben. Der Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung zur Mitte des Jahrzehnts ist nicht zum Ausstieg aus der Arbeitszeitverkürzung für den Rest des Jahrzehnts geworden. – Garantiert ist zwar die Wochenar-

beitszeitverkürzung in allen Betrieben, nicht aber die Wochenarbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten. Der Einigungsvorschlag läßt für die Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche im Betrieb eine Bandbreite von 37 bzw. 40 Stunden offen und schließt damit Betriebsvereinbarungen mit unterschiedlichen Wochenarbeitszeiten für Teile des Betriebs oder für Gruppen der Belegschaft nicht aus. Daraus ergeben sich Risiken und Chancen.

Deswegen wird der Bewährungsprobe für die gewerkschaftliche Tarifpolitik eine große Herausforderung für die gewerkschaftliche Betriebspolitik auf dem Fuße folgen. Unsere Betriebsräte werden sich mit der Unterstützung der Organisation einer doppelten Aufgabe stellen müssen:

Das ist die Verwirklichung betrieblicher Solidarität durch generelle Wochenarbeitszeitverkürzung für alle und durch den Ausgleich besonderer Belastungen.

Das ist die Verwirklichung gewerkschaftlicher Solidarität durch die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Gefolge der Wochenarbeitszeitverkürzung.

Das letzte Wort zum Ludwigsburger Kompromiß haben die kämpfenden Metalller. Die Entscheidung über dieses Verhandlungsergebnis fällt in der zweiten Urabstimmung.

Der Vorstand der IG Metall hat Ja gesagt zum Ludwigsburger Kompromiß. Das ist zugleich ein Ja zur Fortsetzung der aktiven Gewerkschaftspolitik in einer schwierigen Zeit.

## Und so sieht der Einigungsvorschlag der besonderen Schlichtungsstelle von Ludwigsburg in seinen Einzelheiten aus:

### Wochenarbeitszeit

Die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit ohne Pausen beträgt 38,5 Stunden. Die Arbeitszeit im Betrieb wird im Rahmen des Volumens, das sich aus der für den Betrieb festgelegten Arbeitszeit ergibt, durch Betriebsvereinbarung näher geregelt. Dabei können für Teile des Betriebes, für einzelne Arbeitnehmer oder für Gruppen von Arbeitnehmern unterschiedliche wöchentliche Arbeitszeiten zwischen 37 und 40 Stunden festgelegt werden. Die Spanne zwischen 37 und 40 Stunden soll angemessen ausgefüllt werden. Dabei sind die betrieblichen Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Teilzeitarbeit bleibt von dieser Regelung unberührt.

Die geänderte Arbeitszeit tritt zum 1. April 1985 in Kraft. Sie ist unkündbar bis zum 30. September 1986.

Der Durchschnitt der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit im Betrieb wird monatlich kontrolliert. Weicht der Durchschnitt von 38,5 Stunden ab, so ist mit dem Betriebsrat eine Anpassung unverzüglich zu vereinbaren.

Die wöchentliche Arbeitszeit kann gleichmäßig oder ungleichmäßig auf 5 Werktagen in der Woche verteilt werden. Die wöchentliche Arbeitszeit muß im Durchschnitt von zwei Monaten erreicht werden.

### Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütung

#### Regelung für 1984:

Ab 1. Juli 1984 werden die Tariflöhne und Tarifgehälter um 3,3 Prozent erhöht.

Für alle Arbeitnehmer, einschließlich der Arbeitnehmer, die nicht gearbeitet haben, aber seit dem 1. April 1984 in einem Arbeitsverhältnis stehen, wird eine einmalige Ausgleichszahlung von 250 Mark vorgenommen.

Die Laufzeit des Lohnabkommens endet am 31. März

#### Regelung für 1985:

Die Arbeitszeit für alle Betriebe wird ab 1. April 1985 um 1,5 Stunden verkürzt. Mithin beträgt die neue tarifliche Wochenarbeitszeit im Betrieb 38,5 Stunden.

Der Lohnausgleich für diese Arbeitszeitverkürzung beträgt ab 1. April 1985 3,9 Prozent.

Für solche Arbeitnehmer, deren Arbeitszeit durch Betriebsvereinbarungen unter 38,5 Stunden festgelegt wird, wird zu diesem Lohnausgleich eine zusätzliche Ausgleichszahlung vorgenommen, um zu erreichen, daß ihr Einkommen auf der Höhe des Einkommens eines Arbeitnehmers erhalten bleibt, der 38,5 Stunden in der Woche arbeitet.

Aus Lohnhöhungen ab 1. April 1986 wird die Ausgleichszahlung um jeweils 25 Prozent vermindert.

Die tariflichen Löhne und Gehälter werden mit Wirkung vom 1. April 1985 um 2 Prozent erhöht. Die Laufzeit dieses Lohnabkommens beträgt 12 Monate.

Die Vergütungen für Auszubildende werden ab 1. Juli 1984 um 15 Mark und ab 1. April 1985 um weitere 10 Mark für jede Ausbildungsstufe erhöht. Laufzeit bis 31. März 1986.

Auszubildende, die seit dem 1. Februar 1984 ununterbrochen in einem Ausbildungsverhältnis stehen, erhalten eine einmalige Zahlung von 65 Mark.

### Mehrarbeit

Mehrarbeit ist bis zu 10 Mehrarbeitsstunden in der Woche und bis zu 20 Stunden im Monat zulässig. Durch Betriebsvereinbarung kann für einzelne Arbeitnehmer oder Gruppen von Arbeitnehmern ein Mehrarbeitsvolumen von mehr als 20 Stunden im Monat zugelassen werden.

Mehrarbeit bis 16 Stunden im Monat kann im einzelnen Fall auch durch bezahlte Freistellung von der Arbeit ausgeglichen werden. Bei mehr als 16 Mehrarbeitsstunden im Monat kann der Arbeitnehmer die Abgeltung durch

nicht dringende betriebliche Belange entgegenstehen. Der Freizeitausgleich hat in den folgenden 3 Monaten zu erfolgen.

Mehrarbeitszuschläge sind grundsätzlich in Geld zu vergüten.

### Anlagennutzung

Aus Anlaß der Neufestlegung der Arbeitszeit wird die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nicht vermindert. Bei einer Differenz zwischen Betriebsnutzungszeit und der Arbeitszeit für die einzelnen Arbeitnehmer kann der Zeitausgleich auch in Form von freien Tagen erfolgen. Dabei muß zur Vermeidung von Störungen im Betriebsablauf eine möglichst gleichmäßige Anwesenheit der Arbeitnehmer gewährleistet sein. Bei der Festlegung der freien Tage sind die Wünsche der Arbeitnehmer zu berücksichtigen.

### Vorruhestand

Arbeitnehmer, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, können vorzeitig in den Ruhestand treten, sofern der Arbeitgeber zustimmt. Wer 5 Jahre dem Betrieb zugehört hat, erwirbt einen Anspruch auf 65 Prozent des letzten Bruttoarbeitsentgeltes, bei über 20jähriger Betriebszugehörigkeit 70 Prozent. Das Vorruhestandsgeld wird dynamisiert.

### Maßregelungsklausel

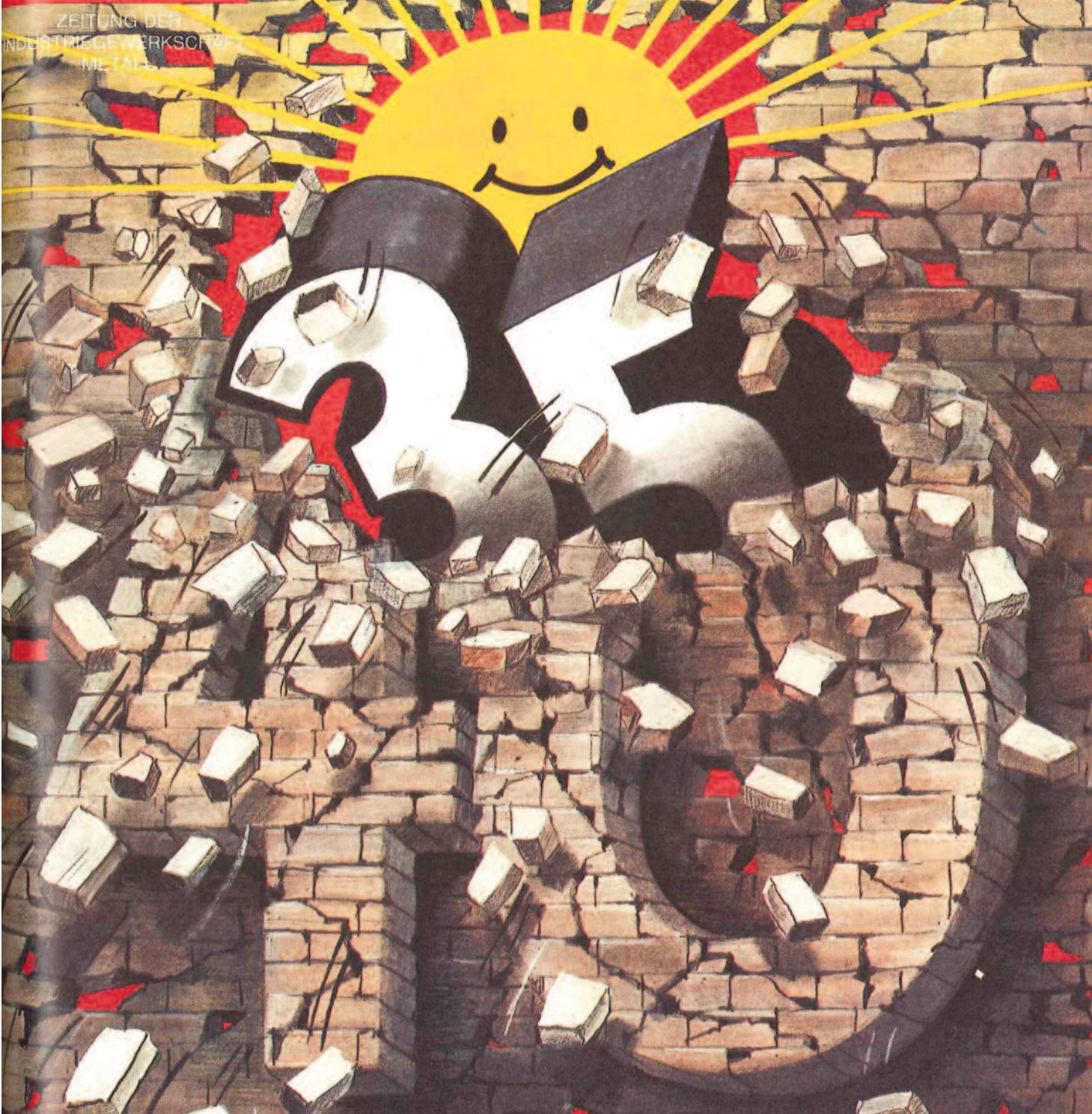
Jede Maßregelung von Beschäftigten aus Anlaß oder im Zusammenhang mit der Tarifbewegung 1984 unterbleibt oder wird rückgängig gemacht, falls sie bereits erfolgt ist. Schadensersatzansprüche aus Anlaß der Teilnahme an der



NR. 14    FRANKFURT    6. JULI 1984    JAHRGANG 36    D4713 D

# metall

ZEITUNG DER  
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT  
METALL



38,5-Stunden-Woche: Ein Tabu ist zerstört

# Der Durchbruch